



SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Wuppertal

Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Wuppertal

Herrn Oberbürgermeister  
Uwe Schneidewind

Datum 29.04.2021

Drucks. Nr. VO/0654/21

öffentlich

## Gemeinsamer Antrag

---

Zur Sitzung am	Gremium
<b>06.05.2021</b>	<b>Hauptausschuss</b>
<b>10.05.2021</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>

---

### Unterstützung der Initiative "Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland" Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE vom 29.04.21

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE beantragen, die Mitglieder des Hauptausschusses und des Rates mögen beschließen:

Der Oberbürgermeister und der Rat der Stadt Wuppertal unterzeichnen die Resolution "Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz" (<https://fairtrade-neumarkt.de/fairtrade/kommunen-pro-lieferkettengesetz/>) und greifen damit die grundsätzlichen Forderungen der „Initiative Lieferkettengesetz“ auf.

#### **Begründung:**

Seit mehr als zehn Jahren ist Wuppertal „Fair Trade Town“ und strebt perspektivisch an, sich als Hauptstadt des Fairen Handels zu bewerben. Wuppertal hat sich schon längst zu den Zielen eines fairen Handels bekannt und erfüllt die Kriterien einer Fair Trade Town. Zu einem Runden Tisch „Fairer Handel Wuppertal“ treffen sich regelmäßig Vertreter\*innen zivilgesellschaftlicher Vereine und Unternehmen wie die Gepa, die Verbraucherzentrale NRW, Weltläden, dem katholischen Bildungswerk, dem Troxler Haus, den Fair Trade Schulen und der Stadt. Zahlreiche Aktionen und Feste wurden in den vergangenen Jahren durchgeführt und veranstaltet. Ein Bürgerantrag „Förderung, Stärkung und Ausweitung des Fairen Handels“ wurde am 17.06.2020 vom Hauptausschuss einstimmig beschlossen.

Um sozial und ökologisch verantwortliche Beschaffung zur Regel zu machen, fordern wir einen gesetzlich verbindlichen Rahmen, der Unternehmen dazu verpflichtet, Risiken zur Verletzung von international anerkannten Menschen-, Arbeits- und Umweltrechten entlang ihrer gesamten

Wertschöpfungskette zu analysieren, diesen vorzubeugen und transparent darüber zu berichten. Freiwillige Maßnahmen reichen nicht.

Im Bundestag wird derzeit der Entwurf des Lieferkettengesetzes diskutiert, der als Regierungsentwurf am 3. März 2021 verabschiedet wurde. Zahlreiche Städte und Gemeinden setzen sich für ein starkes Lieferkettengesetz ein. Bei einem bundesweiten Einkaufsvolumen der öffentlichen Hand von rund 350 Milliarden Euro, wovon ein Großteil auf die Kommunen entfällt, ist es wichtig, dass die Kommunen sich dafür einsetzen, dass das ökonomische Steuerungspotenzial wirkungsvoller für die Durchsetzung sozialer und gesellschaftspolitischer Ziele genutzt wird und die Abgeordneten im Bundestag darin zu bestärken, ein Lieferkettengesetz mit den wesentlichen Elementen des vorliegenden Regierungsentwurfes als rechtlich verbindliche Grundlage dafür zu beschließen.

Damit kann ein Beitrag zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele auch auf lokaler Ebene geleistet werden und dafür gesorgt werden, dass der Handel weltweit soziale, menschenrechtskonforme und ökologische Standards einhält. Die Ausweitung der nachhaltigen Beschaffung muss gerade auf kommunaler Ebene ein herausragendes Ziel sein, damit das Angebot an Produkten, die den fairen Standards genügen, immer weiter steigt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Klaus Jürgen Reese

Caroline Lünenschloss  
und Ludger Kineke

Yazgülü Zeybek und  
Paul Yves Ramette

Susanne Herhaus und  
Gerd-Peter Zielesinski

Vorsitzender der SPD-  
Ratsfraktion

Vorsitzende der CDU-  
Ratsfraktion

Vorsitzende der  
Ratsfraktion

Vorsitzende der  
Ratsfraktion DIE LINKE

Bündnis 90/DIE  
GRÜNEN